

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
5ten Monat besonders an-
genommen, im Agr. Sachsen
u. Erzh. Sachf. -Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Dittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiskal-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Zuebers,
609 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haß,
A. W. Corner Third and
Market str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiskal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 9.

Freitag, 23. Januar.

1874.

Reichstagswahl.

Nowawetz: Reinhäl (Sozdem. Arb.-Part.) 72, Diekmann (A. d. Arb.-B.) 203, Rüper 173.
Reichenbach-Neurode: Kühn (Langenbielau; sozdem. Arb.-Part.) 930, Graf Stollberg 4685, Webers 4645, A. Kapell (A. d. Arb.-B.) 3703.
Bamberg: Joh. Jacoby 340, Schüttlinger 11,377, Göy 5000.
Ludenswalde: Häterbogt: Ehrhardt (Sozdem. Arb.-Part.) 1641, Dietrichs 5385, Waghdorf 5203. Wird wegen Wahlbeeinträchtigung Protest erhoben.
Böhm-Witten: Löwe 15,926, Schrötter (ultr.) 10,804, Selig (A. d. Arb.-B.) 199, Hugo Hillmann (Sozdem. Arb.-Part.) 140.

In nächster Nummer geben wir das ganze Wahlergebnis, soweit uns dasselbe bekannt. Wir ersuchen die Parteigenossen, die uns noch keine Wahlberichte eingesandt haben, dies nunmehr schleunigst zu thun, damit die Anzahl der in ganz Deutschland auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gesallenen Stimmen festgestellt werden kann.

Ein neuer Gesellschaftsleiter.

In einer Rede, welche Hr. Lasker am vorigen Dienstag (13. d. Mts.) im preussischen Abgeordnetenhaus hielt. (Wir haben dieselbe bereits zum Abdruck gebracht, da sie den Mann charakterisiert und den Beweis liefert, daß er seinen klassischen „Knüppel“ wenigstens auf parlamentarischem Gebiet, wenn auch nicht auf der Straße zu schwingen den — Muth hat) ward unter Anderem gesagt: „Nur eine schnelle Strafe bringt genügende Wirkung hervor; bei einem Strik in Magdeburg wurden einige Arbeiter, die ihre Genossen zur Arbeitseinstellung zwingen wollten, sofort verhaftet und binnen vier Tagen mit vier bis fünf Monaten Gefängniß bestraft. Derartige Verurtheilungen haben sich seitdem nicht wiederholt.“

Der Mann, welcher die hier von dem vier Fuß hohen Ordnungsgenossen Lasker belobigte Gesellschaftsleitung verübte, oder dessen kräftiger Initiative sie doch zu verdanken war, ist der königlich preussische Staatsanwalt Lessendorff, bis Ende des vorigen Sommers in Magdeburg, seitdem nach Berlin versetzt. Als er von Magdeburg wegging, stattete ihm der, natürlich liberale, Magistrat dieser Stadt öffentlich seinen Dank ab für die Energie, mit welcher er den „destruktiven Tendenzen“ entgegen getreten und die Interessen des Eigentums beschützt. In Berlin blühte das gesellschaftsretterische Weisheit eine Zeitlang im Verborgenen, bis es vor 14 Tagen plötzlich einen penetranten Geruch verbreitete, und zwar in zwei Prozessen, von denen der eine gegen unsern Parteigenossen Heinsch (S. Nr. 6 des „Volksstaat“), der andere gegen den Agitator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Frohne, sich richtete. Gegen Heinsch beantragte Hr. Lessendorff wegen Verbreitung eines harmlosen, im ganzen übrigen Deutschland seit Jahren unbestandenen Gedichts zwei Jahre Gefängniß, gegen Frohne, wegen einer ebenso harmlosen Correspondenz im „Neuen Sozialdemokrat“ anderthalb Jahre Gefängniß, und erwirkte auch schließlich die Verurtheilung des Ersteren zu Einem Jahr, die des Letzteren zu neun Monaten Gefängniß. Diese vereinzelten Vorbeurtheile genügen aber dem strebsamen Gesellschaftsretter nicht. Am verflochtenen Donnerstag brachte die „Spencerische Zeitung“, das jetzt unsern „unsern Braun“ redigirte „Freiheitsblatt“ des Deutschen Reichs, ein Schreiben in die Deffentlichkeit, welches Hr. Lessendorff in seiner Eigenschaft als „erster Staatsanwalt am Berliner Stadtgericht“, infolge der in jüngster Zeit häufig vorgekommenen Verbrechen, Brutalitäten und Ausschreitungen aller Art“ sich veranlaßt gesehen hatte, an den (Berliner) Polizeipräsidenten v. Madai unterm 1. d. M. zu richten. Das Schreiben lautet:

„Wie die tägliche Erfahrung lehrt, nehmen hier in den unteren Schichten der Bevölkerung die in Exzessen aller Art zum Ausdruck gelangende Rohheit und Verwilderung immer mehr überhand und gefährden, indem sie nahe an Defialität grenzen, die öffentliche Sicherheit und Sittlichkeit in einer Weise, daß die strengsten Maßnahmen gegen die Excedenten ebenso gerechtfertigt wie geboten erscheinen. Zu diesen Maßregeln gehört neben einer möglichst schleunigen und nachdrücklichen Bestrafung in erster Linie die sofortige Verhaftung der Uebelthäter. Die letztere halte ich namentlich in folgenden Fällen für geboten: 1) In allen Fällen, in denen, ohne daß wirkliche Nothwehr vorliegt, vom dem Messer Gebrauch gemacht wird, gleichviel ob die Verletzungen erheblich sind, oder nicht; 2) in allen Fällen, wo auf offener Straße ruhig ihres Weges gehende Leute ohne Veranlassung gemißhandelt oder thätlich beleidigt werden; 3) bei großen Exzessen in öffentlichen Lokalen, begangen durch Provokation von Schlägereien und durch muthwillige Demolirung von Sachen; 4) in den Fällen grober Verletzung der Schamhaftigkeit auf offener Straße; 5) in den Fällen, wo die Sozialdemokraten hiesige Versammlungen durch Thätlichkeiten zu sprengern suchen. Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins haben hier schon wiederholt diesen Versuch gemacht und werden ihn bei den bevorstehenden Wahlen voraussichtlich wiederholen. Der von diesem Verein gegen Andere angeübte Terrorismus übersteigt bereits alle Grenzen und zielt dahin ab, Versammlungen mit anderen Tendenzen hier überhaupt gar nicht mehr stattfinden zu lassen. Solche Sprengungsversuche werden sich meist in schwerer Landfriedensbruch (§ 125 St. G. B.) qualifizieren. Gegen diesen Terrorismus, sowie überhaupt gegen alle strafbaren

Ausschreitungen der sozialen Bewegung, welche hier hauptsächlich von jenem Verein geleitet wird, muß mit den strengsten Maßnahmen vorgegangen werden; 6) in den Fällen grober und Mißhandlungen verknüpften Widerstandes gegen die Exekutivbeamten. Die zahllosen Anzeigen der letzteren ergeben, daß der Respect vor der amtlichen Autorität immermehr abnimmt. Die Beamten beklagen, wenn anders nicht ihr Dienstfeind erlahmen soll, des energischsten Schutzes. In den Fällen unter Nr. 1—3 ist die Verurtheilung durch den Strafantrag des Verletzten bedingt; haben auch die Behörden im Allgemeinen nicht die Verpflichtung, die erforderlichen Strafanträge zu provokiren, so scheint es doch im Hinblick auf das große Interesse, welches der Staat daran hat, daß diese Exzesse nicht ungeahndet bleiben, gerechtfertigt, wenn der zuerst mit der Sache befaßte Polizeibeamte aus eigener Initiative den Verletzten zu einer ausdrücklichen Erklärung über den Strafantrag veranlaßt. Es empfiehlt sich dies um so mehr, als erfahrungsmäßig den Verletzten nicht immer die Nothwendigkeit eines von ihnen zu stellenden Strafantrages bekannt, mithin eine Verletzung hierüber wohl am Orte ist. Ein Hochwohlgeborener ersuche ich ganz ergebenst, sehr gefälligst zu veranlassen, daß in den oben angeführten Fällen stets die polizeiliche Festnahme der Thäter erfolgt, insoweit im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit vorliegen, in welcher Beziehung ich mir auf die Vorschrift des § 6 a. a. D. besonders hinzuweisen erlaube. Ich werde in allen diesen Fällen die vorläufige polizeiliche Festnahme aufrecht erhalten und meine Anträge auf Erlass des gerichtlichen Haftbefehls meist schon durch den Hinweis auf die Höhe der zu erwartenden Strafe (über 1 Jahr Gefängniß — § 208 Criminalordnung) begründen können. Der erste Staatsanwalt am lgl. Stadtgericht. gez. Lessendorff.“

Das Bild, welches Hr. Lessendorff von der Hauptstadt des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitt.“ entwirft, ist kein sehr schmeichelhaftes; auch für den Adressaten, Hr. v. Madai, ist das Schreiben nichts weniger als schmeichelhaft. Trotzdem hat das Organ des preussischen und deutschen Hofes die Veröffentlichung desselben für zweckmäßig erachtet. Aus welchen Gründen? Mit welcher Absicht? Der fünfte Punkt, dem die anderen bloß der — poetischen Gerechtigkeit zuliebe beigegeben sind, liefert die Antwort. Man will zwei Fliegen mit Einer Klappe schlagen: das über den Ausfall der letzten Wahlen entsetzte Spießbürgerthum beruhigen und die Sozialdemokratie einschüchtern. Es ist wahr, nur auf eine bestimmte Faktion der Sozialdemokratie findet der betreffende Passus direkte Anwendung, allein indem man „an maßgebender Stelle“ dieser Faktion gegenüber aus der bisher eingehaltenen Neutralität — um uns des gelindesten Ausdrucks zu bedienen — heraustritt, kündigt man an, daß die Stellung zur sozialen Frage, zur Arbeiterbewegung überhaupt eine veränderte ist.

Die Zeit ist vorüber, wo Junker Bismarck der rebellischen Bourgeoisie sein: *Fleetero si nequeo superos Acheronta movebo* — kann ich die (Fortschritt-) Götter nicht gewinnen, so werde ich die Hölle (das Proletariat) in Bewegung setzen — jurufen mußte. Die Bourgeoisie ist zu Kreuz gekrochen und legt die Hand, von der sie gelähmt worden.

Die „Hölle“ hat ihre Schuldigkeit gethan. Die neueste Aera des Regiments Bismarck hat begonnen.

Die Krise in Amerika.

In verschiedenen Bourgeoisblättern lesen wir nachstehende Correspondenz aus Amerika:

„Die Aufregung unter den Arbeitern in den westlichen Staaten wird immer drohender, je mehr Arbeitsmangel und Hunger sie drücken. An sehr vielen Orten werden Meetings abgehalten, Demonstrationen veranstaltet und die Deutschen spielen eine Hauptrolle bei denselben. Der Vorsitzende muß bald englisch, bald deutsch die Versammlung anreden, wenn er, was nur zu oft vorkommt, Ausschreitungen zu verhindern hat. Gegen das Kapital wird da nicht minder wie gegen die Presse hergezogen, welche letztere als käuflich, korumpirt und faul verurtheilt wird. Auf einem dieser in Chicago abgehaltenen Meetings sprach ein Deutscher: „Hinaus mit diesen Hundstuden von der Presse“ und dieser Ruf fand solchen Beifall, daß die armen (ach!) Reporter aus Furcht oder Unwillen sich davon zu machen suchten. Es wurden sodann die Forderungen vorgelesen, welche die Arbeiter an den Stadtrath stellen sollten. Die Stadt sollte nach diesen allen Arbeitsfähigen acht Stunden per Tag gegen hinreichenden Lohn Arbeit verschaffen, den Arbeitsfähigen und Solchen, die keine Arbeit erhalten können, Vorschüsse in Geld oder Lebensmitteln machen, die Vertheilung unter Aufsicht eines Arbeitercomitès ausführen lassen und schließlich, falls die Fonds der Stadt nicht ausreichen, Anleihen zu diesen Zwecken aufnehmen. Neben Amerikanern, Deutschen und Franzosen sprach ein Pole, der den Arbeiter dem Kapitalisten voranstellte, ein Engländer, der die Arbeiterklasse als die Stütze der Gesellschaft (genau!) hinstellte und für sie das von den Aristokraten und Kapitalisten angesammelte Geld beanspruchte, und endlich ein Däne, der seine Landelente aufforderte, so lange nach Brot mitzuschreien, bis sie es endlich erhielten. Am anderen Tage, nachdem die erwähnten Forderungen von den Arbeiterversammlungen angenommen worden waren, zog man an 10,000 Köpfe stark zum Sitzungssaal der Stadträthe. Unter den Bannern sah man auch zwei deutsche, mit den Inschriften: „Krieg dem Müßiggang“ und „Tod der Noth.“ Der Mayor und die Stadträthe waren über den Auszug nicht wenig erschreckt und versprachen die Forderungen

in Erwägung (wirklich!) zu ziehen. Einer der Alderman, der seines Zeichens ein Bäder ist, erbot sich 60 Tage hindurch 10,000 Extrabrot täglich gegen die bloße Zahlung der Auslagen für Mehl zu liefern (aha!). — Wie verlaunet, hat Chicago jetzt nicht weniger als 40,000 Menschen mit allen nöthigen Lebensmitteln zu versorgen. — Ähnliche Vorgänge werden aus Cincinnati, Louisville, Indianapolis und anderen größeren Städten des Westens berichtet. Die Noth ist allerdings nicht wegzuleugnen, aber leider wird sie von Demagogen ausgenutzt, die in der allgemeinen Wirre ihre Zwecke verfolgen. (Ja, wenn diese „Demagogen“ erfinden könnten, wie man von der Luft lebt, dann wären sie am Plage. „Leider“ wollen und können sie das nicht.) Die Vereine in Chicago läugnen nicht, daß sie in Verbindung mit der Internationale stehen, die ihren Hauptsitz in New-York hat. Bisher zählten die sechs — darunter drei deutsche — Sozialisten-Sektionen nur 400 Anhänger, aber die Agitatoren haben in letzter Zeit die Mitgliederzahl bis auf 8000 gebracht. Das Organ derselben ist der „Sozial-Politische Arbeiter-Verein“, welcher mit der Verbreitung der kommunistischen Manifeste beschäftigt ist. Was das kommunistische Programm verlangt, ist satzfam bekannt, nur kann als erfreulich (für wen?) bezeichnet werden, daß die amerikanischen Sozialisten nicht alle Länder für gleich reif halten, um in gleicher Weise und zu gleicher Zeit beklagt zu werden. Für die vorgeschrittensten Staaten sind folgende Mittel vorgeschrieben: 1) Beschränkung des Bodens von Seiten des Staates und Benußung des Pachtvertrags zu Staatsausgaben. 2) Abschaffung des Erb-rechtes. 3) Konfiskation des Vermögens von allen Rebellen und Auswanderern. 4) Zentralisation des Kredits in Händen des Staates durch eine mit Staatskapitalien und ausschließlichem Monopole ausgestattete Nationalbank. 5) Zentralisation des Transports in Händen des Staates. 6) Gleichmäßiger Zwang Aller zum Arbeiten und Bildung von Industrie-Hallen besonders für landwirtschaftliche Zwecke. 7) Unentgeltliche Staats-Erziehung aller Kinder und 8) Abschaffung der Arbeit in ihrer jetzigen Gestalt für Kinder. — Außer diesen kommunistischen giebt es noch sechs meist deutsche Vereine, die folgendes mäßige Programm aufgestellt haben: Gleiche soziale und politische Rechte; Opposition gegen alle die Naturrechte beschränkenden Gesetze, wie die Sonntagsgesetze u., unentgeltlicher Unterricht für alle und Erziehung der begabten Kinder auf Staatskosten; Beseitigung der Kirchengüter; Vereinfachung der Gesetze oder deren Publikation in verständlicher Sprache; Schutz der heimischen Industrie durch solche Steuern, welche Konkurrenz mit importirten Artikeln möglich machen sollen, unter der Bedingung, daß alle Lebensmittel zollfrei importirt werden; keine Unterschiede zwischen Solchen, die in Amerika und Solchen, die im Auslande geboren sind; Letztere sollten englisch lernen, aber Deutsch muß in den Elementarschulen ebenfalls gelehrt werden. — In Louisville und Kentucky haben die Arbeiter beschlossen, die Staats- wie die National-Legislatur um Hilfe anzugehen. In St. Louis hat der Mayor veranstaltet, daß den Winter hindurch Armen ein Mahl per Tag verabreicht werde, auch sind 400 mit Wohnung versorgt worden. Die Presse von St. Louis betrachtet die Krise als unheilswanger und fordert die städtischen Regierungen auf, durch energische Maßregeln Zusammenrottungen und Unordnung zu verhindern. — Wenn man hier Arbeiter hungern und demwegen drohende Haltungen annehmen sieht, ist es nicht ohne Verwunderung, wenn man gleichzeitig hört, daß die Lokomotivführer auf fast sämtlichen Bahnen der Staaten Ohio, Illinois, India, Kentucky, und zum Theil Missouri gestrikt, und Städte wie Chicago, St. Louis, Indianapolis, Louisville gewissermaßen blokirt haben, weil die Kompagnien sich durch die Zeitverhältnisse gezwungen sahen, eine Gehaltsreduktion von 10 Prozent vorzunehmen, d. h. statt 125—175 Doll. monatlich 112 Doll. 50 C. bis 157 Doll. 50 C. zu geben. — Um das Maß der Aufregung im Westen voll zu machen, tagen jetzt dort auch die unzufriedenen Farmer, die allerdings friedlichere und nicht gerade unbillige Forderungen debattiren.“

Rechnet man von diesem Artikel die Dummheiten und Abernheiten, ohne welche es in den Bourgeoisblättern nun einmal nicht abgehen kann, ab, so hat man ein in ziemlich scharfen Umrissen gezeichnetes Bild der Situation in Nordamerika. Die amerikanischen Arbeiter haben begriffen, daß der Staat, der ohne die Massenarbeit nicht existiren kann, auch verpflichtet ist, der Massenarmuth abzuhelfen. Mit „Erwägungen“ werden sich die Arbeiter der vereinigten Staaten nicht begnügen. Vielleicht lernen die europäischen Arbeiter etwas davon.

Politische Uebersicht.

— „Geniale“ Kulturkampf. Letzten Freitag ging's lustig zu im preussischen Abgeordnetenhaus. Die beiden ultramontanen Kampfhähne Mallinrodt und Schorlemer stützten sich mit Lamarmora's Enthüllungen so lange auf den „genialen Staatsmann“ los, bis dieser wuthentbrannt in höchstgener Person erschien — ob mit oder nicht mit Kitzlerstiefeln, kündet uns die Sage nicht. Das „hohe Haus“ berieth gemüthlich die sogenannte Cwileke — da plagte der „Geniale“ wie eine Bombe in diese Gemüthlichkeit hinein. Er kam auf Lamarmora's Buch zu sprechen und erklärte es für „erlogen“ (?), daß er habe an Frankreich irgendwelches Gebiet abtreten wollen. Der todte General Covone, durch den dies an den Tag gekommen, kann jetzt natürlich keine Beweise mehr beibringen. Auch daß er die ungarischen Regimenter 1866 habe zum Abfall auffordern lassen, stellte

Bismarck in Abrede. Wir haben natürlich die Wahl, wenn wir glauben wollen, dem Fürsten Bismarck oder dem Grafen Lamarmora; eigenthümlich ist es indessen, daß der „Geniale“, der doch sonst stets damit dithyrt, daß er seine Feinde „verachte“, mit einem Male so giftig und so empfindlich wird, da Lamarmora's Enthüllungen auf der Landtagstribüne zur Sprache kommen. Er hat wieder seine „Nerven“ bekommen und wir wollen's ihm nicht verübeln; der Lamarmora hat's auch gar zu arg gemacht. Uebrigens wird gegen dieses Ungeheuer, das sich erlaubt hat, die Fäden zu zeigen, die 1866 unter der Decke gespielt, ein Extra-Strasgefes wegen Veruntreuung amtlicher Aktenstücke fabrizirt werden, wie Bismarck in Aussicht gestellt. Er verdient's, denn er ist schuld dran, daß nun jeder Straßensjunge weiß, wie „geniale Staatsmänner“ ihre Kriege „machen“. Wir kommen wieder auf die Affaire zurück und erwähnen hier nur noch, daß Bismarck nach heftigem Gezänk mit den Vorführern der Schwarzen, die ihm verb die Meinung sagten — Bismarck scheint den Vers aus dem Hildebrandlied nicht zu kennen, der da lautet: „Wer sich an schwarzen Kesseln reibt, der trägt den Ruß davon“ — plötzlich abbrack und mit den Worten: „Ich überlasse es der Presse, das Verfahren der Ultramontanen beim richtigen Namen zu nennen,“ sich rückwärts konzentrierte. Wir begreifen nun, warum bei dem zwei Tage später stattgefundenen Ordensfeste die beiden Ober-Präsidenten und General-„Sanhriten“, Dr. Hahn (Provinzialkorrespondent) und Dr. Hegidi (Presbureau) mit dem rothen Adlerorden dritter Klasse gezeichnet worden sind. Wie wir uns überzeugt haben, hat die Reptilienpresse ihre Schuldigkeit gethan. Nur schade, daß von Lamarmora veröffentlichte „Aktenstücke“ gerade so oder noch mehr „amtlich“ sind, wie eine Rede Bismarck's im Herrenhause!

— „Rechtspflege“ im Reich. Während jetzt die modernen „Menschenfreunde“ den Mund voll nehmen von den bekannten „Brutalitätsstatistiken“ des alten Hartort, deren eine wir unlängst zum Besten gaben, herrscht darüber, wie jene „Brutalitäten“ zu beseitigen sind, dieselbe Unklarheit wie zuvor. Niemand will die Gesellschaftsorganisation für die Verbrechen und Vergehen, für die „Brutalitäten“ verantwortlich machen, die alljährlich vorkommen — da hat man es doch viel leichter, wenn man dieselben den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt à la Testendorf. Würde man heute sich Mühe geben, die Ursachen der vorkommenden Vergehen und Verbrechen zu erforschen, so würde man an der Hand der vergleichenden Statistik u. s. f. bald dahin gelangt sein, daß die Zahl der Vergehen und Verbrechen, wie sie heute massenweise vorliegen, durch verstärkte polizeiliche und gerichtliche Maßregeln durchaus nicht vermindert werden kann. Der Grund der Vergehen liegt zu tief, als daß ihn Staatsanwalt oder Polizeibüttel erreichen können; er liegt in den heutigen Eigentumsverhältnissen sowie auch in der heutigen Art der Erziehung. Am allerwenigsten sind die Staatsanwälte dazu berufen, die Zustände, wie sie in unserer Gesellschaft herrschen, nach der genannten Seite hin zu verbessern.

Wenn wir gleich eine Anzahl Staatsanwälte kennen, die als Ziel ihrer Karriere nur Orden und Ehrenstellen vor Augen haben, so wollen wir nicht verkennen, daß es eine ganze Anzahl solcher Herren gibt, die ihr Amt namentlich auf politischem Gebiet mit ungeheurer, oft sehr überflüssigem Eifer betreiben. Wir brauchen nicht erst Beispiele anzuführen. Neu dürfte indes folgender Fall sein: Ein Dienstmädchen zu Frankfurt wurde von einem Hausknecht so mißhandelt, daß man sie für todt von dannen trug. Die Mißhandelte erstattete Anzeige bei der Polizei und erhielt folgenden Bescheid:

„Frankfurt a. M., 6. Januar 1874.

Auf Ihre Anzeige vom 15. v. M. gegen den Hausknecht Heinrich Lang wegen Mißhandlung eröffne ich Ihnen, daß ich Mangels öffentlichen Interesses es ablehne, gegen den Beschuldigten einzuschreiten, und es Ihnen überlassen bleibt, den Weg der Privatklage zu betreten.

Der königliche Staatsanwalt.

Dr. Gordon.

Pfeiffer.

An Elisabetha Straub, Buchgasse hier.

Natürlich, das Mädchen ist nicht todtgeschlagen; also fehlt das „öffentliche Interesse“.

Eine Institution, bei welcher solche Dinge vorkommen, ist nicht berufen, die Gesellschaft zu „retten“. Darum rufe man nach dem Staatsanwalt so viel man wolle; man verjage die „milde Praxis“ aus den Gerichtssälen — die „Brutalitätsstatistik“ — das heißt die richtige, nicht die alberne Hartort'sche — wird ihre Zahlen und deren Verhältnis deshalb so wenig ändern, wie der Tag die Zahl seiner Stunden!

— Das allgemeine Stimmrecht in Gefahr. In einer Berliner Reptiliencorrespondenz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 17. d. wird seufzend gefanden, das „allgemeine Wahlrecht habe auch seine Schattenseiten“. Die „Dresdener Nachrichten“ und andere Blätter dieses Schlages, welche die schmutzige Regierungswäsche, nach den bekannten „Wahzettel“ geordnet, hübsch auf den Zaun hängen, heulen: „auf einmal entdickt man, daß die unteren Volksschichten noch nicht unterrichtet genug seien, um die Tragweite ihrer politischen Thätigkeit an der Wahlurne richtig zu schätzen. (In der Wahlkampagne zeigte sich bei allen Volksversammlungen, in denen es zwischen Angehörigen der „unteren“ und der „oberen“ oder „gebildeten“ Klassen zum Wort- und Geisteskampf kam, daß die ersteren den letzteren durchweg überlegen waren!) Und die hochamtliche „Provinzialcorrespondenz“ appellirt schon an die Reichsfreundlichkeit der Majorität des neuen Reichstags — deren „Reichsfreundlichkeit“ beiläufig noch nicht feststeht — und hofft, die Regierung werde durch deren Unterstützung in den Stand gesetzt werden, „Bestrebungen unschädlich zu machen, welche gegen den Bestand des Reichs und gegen das Erstarren desselben auf politischem, religiösem und wirthschaftlichem Gebiet ankämpfen.“ (!) Kurz, auf der ganzen Linie der „Culturkämpfer“ erkönt das Stichwort der rohesten, rohesten Reaktion.

Wie die genialen Staatsmänner sich die „Reform“ oder „Correctur“ des allgemeinen Stimmrechts denken — ob sie einen Census einführen, das Wahlrecht an die Bedingung eines längeren Wohnsitzes knüpfen, dem Wahlrecht durch Dessenlichmachung eine Zwangsjacke anlegen, oder, was die von der „Nervosität“ ihres Patrons bedenklich angesehene „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ beantwortet, die Ausübung des Stimmrechts obligatorisch machen und Jeden, der es nicht ausübt, bestrafen wollen, darüber zu zerbrechen wir uns nicht den Kopf (der „Norddeutschen“ können wir aber versichern: ihr Vorschlag, trotz der famosen Koon'schen Theorie, daß, wer bei den Wahlen nicht stimmt, für die Regierung sei, hat unvorne vollste Billigung!).

Genug — das allgemeine Stimmrecht ist in Gefahr. Es hat sich gegen das herrschende System gewandt; es hat dem Fürsten

Bismarck, der es uns ostentirt hat, um seine Blut- und Eisenpolitik zu sanktioniren, ein schwerwiegendes Mißtrauensvotum gegeben — das Werkzeug des Cäsarismus ist eine Waffe geworden in der Hand des Volkes. Kein Wunder, daß der Cäsarismus es zu zerbrechen, oder ihm wenigstens die Spitze abzubrechen sucht.

— Zur Charakteristik der englischen Gewerksvereine. Unsere Leser werden sich erinnern, daß auf dem letzten Congreß der Internationalen Arbeiterassoziation zu Genf ein Beschluß gefaßt wurde, dahin lautend, daß es im Interesse der arbeitenden Klasse sei, nicht nur die Gewerkschaften (Trades Unions, Widerstandskassen u.) der einzelnen Länder mit einander zu verbanden (föderiren), sondern auch eine internationale Verbändigung (Föderation) der national verbandigten Gewerkschaften der einzelnen Länder herbeizuführen. Im Einklang mit diesem Beschluß bildete sich in Genf eine „Allgemeine Gewerkschaften-Liga“, welche sich die Anbahnung dieser nationalen und internationalen Organisation und Verbändigung der Gewerkschaften zur Aufgabe setzte. Von Seiten dieser Liga wurde bei dem diesjährigen Congreß der englischen Gewerkschaften, von deren Wesen sie offenbar sehr irrige Begriffe hat, ein Versuch gemacht, die englischen Gewerkschaften, als die bestorganisirten und darum einflußreichsten der Welt, für die internationale Verbändigung der Gewerkschaften zu gewinnen. Der Versuch ist natürlich mißlungen. Uns selbst liegt noch kein direkter Bericht vor; wir entnehmen daher der „Frankf. Ztg.“ das Folgende:

„In Sheffield tagt augenblicklich (vorige Woche) der sechste Jahrescongreß der britischen Gewerksvereine, auf welchem nicht nur Vertreter von einer Million englischer Arbeiter, sondern auch Repräsentanten continentaler Gewerksvereine erschienen sind. Der Hauptgegenstand des diesjährigen Congresses wird die Discussion über die Arbeiterinteressen in der Gesetzgebung der nächsten englischen Parlamentssession sein und der Congreß wies daher, treu seinem bisherigen Programm, eine Aufforderung zurück, deren Zweck es war, denselben über die Grenzen rein interner Fragen hinüberzugleiten. Diese Aufforderung kam von dem Comité einer „Allgemeinen Gewerksvereine-Liga“, welche sich zu Ende des vorigen Jahres in Genf gebildet hat und in welcher bis jetzt die Schweiz, Spanien, Italien, Deutschland, Frankreich und Oesterreich vertreten sind. Trotz der Versicherung, daß der neugegründete Verein durchaus unpolitisch sei und das „in England adoptierte Programm“ auch zu dem Seinigen gemacht habe, trotz der Behauptung, daß „nicht wahrhaft Eensliches ausgeführt werden könne ohne die Mitwirkung jener englischen Arbeiter, welche bis jetzt so standhaft und wirksam der großen Frage der Emancipation der Arbeit gebient haben“ — trotz alledem nahm der Congreß einstimmig folgende Resolution an: „daß der Congreß sein Comité beauftrage, freundliche Beziehungen mit den festländischen Vereinen, deren Adresse wir soeben gehört, zu erhalten und zu pflegen, über alle die Arbeit betreffenden Fragen mit ihren Vertretern zu correspondiren: allein daß er im Augenblick keinen Grund sehe, mit den Genossen in anderen Ländern in eine Föderation zu treten, ehe wir die Frage der Föderation unter uns selbst entschieden haben.“

Nun — der englische Fabrikantenbund wird die englischen Gewerkschaften schon klug machen, und von der Nothwendigkeit, nicht bloß der nationalen, sondern auch der internationalen Föderation überzeugen!

— Carthagena ist gefallen. Die „Insurgenten“ sind zum größten Theil auf einem Kriegsdampfer nach Algier geflüchtet, wo sie die französische Regierung „internire“. Der Dampfer ist ausgeliefert worden. Damit ist die Herrschaft Serrano's in Spanien beseitigt und die Söldendiktatur hat sofort damit begonnen, daß alle politischen Vereine verboten worden sind. Die optimistischen Versicherungen bürgerlicher Blätter, daß auch unter Serrano die „Republik“ sich „konsolidiren“ werde, können wir ruhig zu den Alten legen, denn für uns, sowie für jeden aufrichtigen Republikaner bedeutet die „Republik Serrano“ nichts Anderes als die berühmte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ von 1848.

— Die Wahlagitation unserer Gegner ist auf eine Weise betrieben worden, wie sie von einer im Verfall begriffenen Partei zu erwarten war. Von allen Seiten gehen uns Mittheilungen zu, wonach unsere Gegner auch die gemeinsten und erbärmlichsten Mittel nicht verschmäht haben, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es ist Thatsache, daß in mehreren braunschweigischen Orten mehr Stimmzettel in der Urne gefunden wurden, als die Wählerliste Wähler auswies; es ist Thatsache, daß die Gegner unseres Freundes Bracke Stimmen à 2/3 Sgr. gekauft haben. Im Pforzheimer Wahlkreise ist man mit den Wählern, die für Jacoby stimmen wollten, umgesprungen, als ob sie gar nicht wählen dürften; ebenso an vielen anderen Orten. Die unverschämten großprohigen Bougeois, welche zum größten Theil die Wahllokale occupirten, geberdeten sich, als ob es gar nicht erlaubt sei, einen sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, wodurch natürlich viele Arbeiter sich einschüchtern ließen. In Nürnberg sollen 1400 Wähler nicht in die Listen eingetragen gewesen sein und am Wahltag soll man sogar solche Wähler zurückgewiesen haben, die ihre Eintragung reklamirt hatten. Von den Lügen, welche die „liberale“ Presse ausgestreut, wie sie Staat und Gesellschaft als umgestürzt geschildert hat, wenn unsere Kandidaten gewählt würden, wollen wir nicht weiter reden. Aber das war nicht Alles, womit unsere Partei zu kämpfen hatte. Auch die Staatsgewalt ließ uns nicht ungeschoren. Es sind vier der thätigsten Parteigenossen während der Wahlbewegung in Haft genommen worden: Auer in Dresden, Uhl in Freiberg, Fleischer in Hainichen und Lottenburger in Ladeburg. Dem Allen gegenüber können wir nur sagen, daß alle unsere Parteigenossen ihre Schuldigkeit gethan und der Erfolg steht auch nicht.

— Vom Allgem. deutschen Arbeiterverein sind bis jetzt gewählt: Hasenclever in Altona und Reimer in Segeberg. Zur engeren Wahl kommen: Tölke (Herlohn), Hasselmann (Eberfeld), Winter (Dittens), Hartmann (Hamburg), Schwedendiek (Brandenburg), Hasenclever (Berlin) und Kamigann (Greiz). Im Ganzen sind nach vorläufiger Schätzung des „Neuen Sozialdemokrat“ 160,000 Stimmen auf die Kandidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gefallen. Ansicht auf Sieg in engerer Wahl haben, wie man uns berichtet, Hasselmann und Hartmann.

— Wie gänzlich verlottert und moralisch verlampt jene Partei ist, die sich „liberal“ nennt, beweist schlagend die Agitation in Frankfurt am Main für die Stichwahl zwischen Sonnemann und Lasker. Da das Gerücht ging, die auf den Candidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gefallenen Stimmen würden bei der engeren Wahl Herrn Lasker zu Gute kommen, so

erschieden einige „Größen“ der Lasker'schen Partei, darunter ein Herr Bodo von Glümer, in der vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einberufenen Wählerversammlung und bestellten in den süßesten Schmeichellauten, daß die Wähler, welche mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein stimmen, doch Lasker und nicht Sonnemann wählen möchten. Der „Petroleumgeruch“, die „Ansturzgelüste“ waren vergessen. Indessen wurde das Ansinnen der Herren „Liberalen“ zurückgewiesen und nun griffen sie zu dem einzigen Mittel, was ihnen übrig blieb, sie riefen wieder nach Petroleum. Sie erließen ein Flugblatt, worin es hieß:

„Ein Befehl des Parteiführers Hasenclever ruft soeben von Berlin aus die hiesigen Sozialdemokraten an die Wahlurne, um für Sonnemann zu stimmen. Sämtliche Feinde des Reichs und der gesellschaftlichen Ordnung stehen also heute in geschlossener Colonne gegen uns: Ultramontane, Internationale, Sozialdemokraten, die erklärten Anhänger der Pariser Commune, die Zerstörer des Eigenthums, die Gegner der ehelichen Arbeiter, der ruhigen Bürger — ihr Candidat heißt Sonnemann.“

Also weil die Allgemeinen Deutschen nicht für Lasker stimmen wollten, werden sie für „Zerstörer des Eigenthums“ erklärt, nachdem man soeben noch um ihre Stimmen gebettelt. Seit es in der Welt Parteien giebt, hat noch keine Partei als solche sich so erbärmlich, so verworfen gezeigt, wie diese „liberale“ Sippe. In Frankfurt geschah, was geschehen mußte; Sonnemann wurde bei der Stichwahl mit etwa 7000 gegen etwa 5000 Stimmen, die auf Lasker fielen, gewählt, und die „Liberalen“ mögen sich freuen: sie haben ihre Niederlage selbst verdoppelt.

— Da die „liberalen“ Blätter es als einen besonders unangenehmen Fall ansehen, daß Schulze-Delitzsch mit Hasenclever in Berlin in die engerer Wahl kommt, so sei hier daran erinnert, daß bei der Reichstagswahl 1871 Schulze-Delitzsch im 17. sächsischen Bezirk Bebel gegenüber gestellt war — d. h. den „Eoelmuth“ besaß, sich gegen Bebel aufstellen zu lassen, während dieser im Leipziger Gefängnis saß — und dabei ganz gründlich geklopft wurde.

— Ein Bismarckisches Blatt schreibt mit Schändern, daß auf sämtliche Arbeitercandidaten im deutschen Reich nahezu 400,000 Stimmen gefallen seien. Nun, wir dächten, es ist dies eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Sobald wir im Besitz des vollständigen, genauen Wahlergebnisses sind, werden wir uns weiter mit demselben beschäftigen und seine Bedeutung erörtern.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hamburg. Die am 6. Dezember v. J. versandten Fragebogen-Circulars sind bis heute, den 15. Januar, noch nicht von allen Orten ausgefertigt retour gesandt worden. Deshalb werden die Mitglieder folgender Orte aufgefordert Sorge zu tragen, daß dies umgehend geschieht. Rückständig sind noch: Berlin, Erfurt, Eisenach, Gotha, Leipzig, Mühlhausen, Neustadt a. d. Orla. Gleichzeitig werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß nunmehr das Protokoll des Nürnberger Holzarbeiter-Congresses versandt und für 2 Gr. pro Exemplar von Unterzeichnetem zu beziehen ist.

Das Protokoll ist 4 Bogen stark, enthält außer den ganz ausführlich gehaltenen Verhandlungen über die bekannten Anträge noch die Berichte über die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen, über den Nutzen eines höchstens 10 stündigen Normalarbeitstages, und über die Entwicklung unserer Gewerkschaft seit dem Jahre 1868, und noch verschiedenes. Das Protokoll empfiehlt sich ganz besonders nicht allein zur Belehrung der Mitglieder, sondern noch mehr zur Agitation.

Es ist deshalb Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich ein Exemplar anzuschaffen, um damit für Gewinnung neuer Mitglieder zu wirken, was uns so leichter wird geschehen können, da in dem Protokoll die Vorzüge unserer Gewerkschaft vor andern Verbindungen der Holzarbeiter unwiderleglich nachgewiesen sind.

Die Bevollmächtigten erhalten eine genügende Anzahl für die Mitglieder zugesandt und werden dringend aufgefordert, die Verbreitung sich ja recht angelegen sein zu lassen, zumal der Inhalt auch für die Mitglieder wie deren Gewerkschaften nützlich sein dürfte.

Die Bevollmächtigten werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Mitglieder, die mindestens bereits 13 Wochen lang Steuern bezahlt haben, und solche, die keine Steuer restiren, Unterstüßungs-Legitimation und Reise-Coupons ausgefertigt erhalten sollen. Die Coupons müssen vor der Ausgabe auf der linken Seite mit dem Decksstempel versehen werden und dürfen nur den Mitgliedern ins Buch geheset werden, die sich die Unterstüßungs-Legitimation haben ausfertigen lassen.

Die neuen Bücher werden nur zum Kostenpreise von 1 Gr. gegen die alten umgetauscht. Es ist in die neuen Bücher das Datum des Eintritts in die Gewerkschaft zu übertragen, auch ein Schreiben, ob ein ärztliches Attest im alten Buch enthalten war.

Die Bevollmächtigten werden ferner ersucht, die fälligen Abrechnungen für das 4. Quartal 1873 recht bald einzusenden. Sommerba, Hall, Chrmnig haben solche eingesandt.

Sollte ein Det Nr. 1 der „Anton“ nicht erhalten haben, so wolle man reklamiren.

Für den Ausschuß:
Th. Dord, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Leipzig. Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

An die verehrliche Redaction des „Volksstaat“ zu Leipzig. Sie geben in dem Leitartikel der Nr. 114 des „Volksstaat“ vom 21. November einen Passus wieder aus einer in Ihrem Verlage erschienenen Broschüre, die den Titel hat: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie.“

In demselben wird unter andern die Behauptung aufgestellt, daß Staat und Kirche sich „brüderlich unterstützen“, wenn es das Volk zu knechten, zu verdammen und auszuhenten gilt; die katholische Geistlichkeit und der moderne Staat seien „vollständig einig“, wenn es sich um Unterdrückung des Volkes handelt; die Priesterschaft sei stets „für den Rückschritt und die Barbarei eingetreten.“

Da ich nun ein Mitglied der kathol. Kirche sowohl als der kathol. Clerus bin, und als Geistlicher verpflichtet bin, eine Erklärung zu tragen, die es jedem, der mich sieht, sofort anzeigt, daß ich der katholischen Priesterschaft angehöre, so werden Sie mir zu

geben, daß ich persönlich und speciell durch die obigen Anschuldigungen mitgetroffen und vor allen Lesern des „Volkstaat“, denen ich im Leben begegne, auf's Aergste compromittirt erscheine. Ich sehe mich daher genöthigt, an ihre Loyalität zu appelliren und Sie zu ersuchen, die folgende Vertheiligung und Rechtfertigung meiner selbst zur Kenntniß Ihrer Leser zu bringen. Ich glaube dies um so mehr fordern zu müssen und zu können, da ich außer meiner Ehre und meinem guten Namen nichts, rein gar nichts besitze, auf mich also im vollsten Sinne die Worte Anwendung finden würden: „Ehre verloren, Alles verloren!“

Sie sind ein Gegner der kath. Religion; Sie sind desgleichen ein Gegner der liberalen Bourgeoisie. Wenn die Süßlinge dieser letzteren Ihnen die Sünden der Tölkianer aufbürden, so schreiben Sie aus Leibeshäften über das Ihnen gefehlene Unrecht, und sagen mit Recht, man dürfe nicht den Sozialismus verantwortlich machen für dasjenige, was einzelne Menschen thun, die sich Sozialisten nennen, und Sie lehnen jede Solidarität mit den Hasslecken-Hasselmännern ab. Zu meinem großen Bestreben muß ich aber jetzt sehen, daß Sie gegenüber dem Ultramontanismus und dem ultramontanen Clerus in denselben Fehler fallen, den Sie an den Liberalen so scharf rügen. Sie machen die Kirche verantwortlich für die Fehler ihrer Diener und die Religion für die Mängel und Sünden ihrer Befehrer; Sie legen der Gesamtheit zur Last was einzelne verschuldet; Sie verdammen den Schuldigen mit den Unschuldigen. Oder nennen Sie mir ein Laifer, einen Uebelstand — soweit er nicht in der Natur alles Irdischen begründet ist — eine Ungerechtigkeit und Nichtswürdigkeit, die nicht von der katholischen Religion und von der katholischen Kirchenlehre streng verboten und verpönt wäre. Nennen Sie mir irgend etwas, das von Ihnen für schändlich und verwerflich gehalten und dessen Beseitigung von Ihnen angestrebt wird, das nicht auch entfernt und beseitigt sein würde, wenn die Lehren der katholischen Religion befolgt würden. Nennen Sie mir irgend etwas Gutes, Edeles, Würdenvolles, nennen Sie mir eine Tugend, welche nicht in Flor stände, wo man den Weisungen des Christenthums nachkommt! Sie werden nicht dazu im Stande sein! Und darum werden Sie einräumen müssen, daß die Schuld von den Missethäuern, die Sie tadeln, nicht an Katholizismus, nicht an der Religion und der Kirche liegt, sondern an den Menschen.

Wissen Sie nicht, daß Tausende und aber Tausende und Millionen von katholischen Christen und katholischen Priestern seit 1800 Jahren buchstäblich die Worte Christi erfüllt haben: „Wenn du vollkommen sein willst, so gehe hin, verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen und folge mir nach.“ Wissen Sie nicht, daß ein Franz von Assisi, ein Vincenz von Paul und zahlreiche Andere Millionen von Thalern für die Armen gesammelt haben, daß sie ihr ganzes Vermögen den Dürftigen und Nothleidenden schenkten und aus Liebe zu Gott und ihren Mitmenschen die freiwillige Armuth wählten, um mit den Armen arm zu sein? Wissen Sie nicht, daß auch heute noch tausende und hunderttausende von Katholiken und Priestern jenem Beispiele folgen?

Wenn j. B. ein Bruder des Bischofs von Rottel die Hufarenattila mit der rauhen Kutte des Kapuzinermonchs und das stotte Offiziersleben mit der strengen Ordensascese vertauscht, wenn ein fleißiger Student alle philosophischen Systeme von Sokrates und Pythagoras bis auf Schopenhauer, Feuerbach, Lassalle und Marx prüft und schließlich bei seinem wissenschaftlichen Forschen zu dem Resultate gelangt, daß der Katholizismus das Beste und Vollkommenste sei, wenn er deshalb Theolog und Priester wird, um diese allein wahre und allein beglückende Doctrin nach Kräften zu verbreiten: was, frage ich, giebt Ihnen dann das Recht, die Aufrichtigkeit und Lauterkeit seiner Gesinnungen in Abrede zu stellen und ihn „eigenwilliger Heuchelei“ zu beschuldigen?

Wenn solche Anklagen von Gegnern des Sozialismus gegen die Herren Liebnecht und Bebel erhoben werden, so weisen Sie voll tiefer Indignation auf die schlechte Situation hin, in welche Sie durch die Vertretung ihrer Prinzipien sich gebracht sehen. Nun wohl, auch mir wallt das Blut ob solcher Anschuldigung und auch ich glaube dieselbe durch den einfachen Hinweis auf die klägliche Stellung der meisten kath. Geistlichen in der Gegenwart entkräften zu können. Außer den Schulmeistern und den Nachtwächtern ist sicherlich keine Beamtenkategorie dürftiger besoldet als der niedere kath. Clerus. Ich kann Ihnen beweisen, daß ich pecuniär schlechter gestellt bin als ein Lakai oder eine Kammerjungfer. Und die Veringerung der Einkünfte ist noch das Allerwenigste; Haß und Verfolgung, Spott und Hohn, das ist heute der Antheil des kath. Priesters!

Lassen Sie also nächstens niemals wieder den Spruch außer Acht: „Was du nicht willst, daß man dir thu“, das füg' auch keinem andern zu.“

Wenn man aber, so werden Sie jetzt vielleicht denken, auch nicht dem gesammten ultramontanen Clerus Heuchelei und Eigennutz vorzuwerfen berechtigt ist, so sind doch mindestens diejenigen, welche es wirklich ernst und ehrlich meinen, überspannte Schwärmer und Narren. Falls Sie so sprächen, würde ich Sie schon eher entschuldigen können. Aber ich müßte es auch dann unbegreiflich finden, wenn die Sozialisten sich darüber wundern und beklagen, daß ihnen der gleiche Ehrentitel beigelegt wird.

Ich habe bisher geglaubt, daß die Redacture des „Volkstaat“ mehr Sittlichkeits- und Rechtlichkeitsgefühl besäßen, als ihre Collegen von der officiösen und liberalen Presse; sonst würde ich diese kurze Defension nicht niedergeschrieben haben und nicht an Sie abgeben lassen. Ich hoffe, nicht enttäuscht zu werden.

Hülfe, b. Pr. Oldendorf, 22. Nov. 1873.

horigen thätig zu sein und dies werde niemals ein Amtshauptmann, ein Conservativer zu bewirken suchen. Deshalb müßte ein Jeder den Volkstaat Fink in Leipzig wählen. Die Mehrzahl der Anwesenden sprach sich in einer Resolution für die Wahl Fink's aus.

Königsbrunn, 10. Januar. Gestern Abend fand hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Tagesordnung war: Die Reichstagswahlen resp. das Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Als Referent sollte A. Otto-Walster erscheinen, derselbe war jedoch durch Unwohlsein verhindert und war ein anderer Parteigenosse aus Dresden anwesend. Derselbe entlegte sich seiner Aufgabe in 15minütiger Rede vollständig, er wies nach, daß das Vertrauen, welches man bisher in die Reichsboten gesetzt, vollkommen getäuscht hat und man deshalb auch keinen Staatsdiener, sondern einen unabhängigen Mann wählen müßte, und empfahl als solchen den Parteigenossen Wilhelm Liebnecht. Bei der Kritik des bisherigen Vertreters Herrn Generalsstaatsanwalts Dr. Schwarz glaubte der Herr Amtverweser als überwachender Beamter, daß der Redner über das erlaubte Maß der Kritik hinausgegangen und ertheilte demselben den Ordnungsruf. Daß man unsre bisherigen Vertreter nicht scharf genug kritisiren kann, daß überhaupt bei Wahlversammlungen man nicht über den Titel, sondern die Person spricht und dies kein gesetzlicher Grund zur Unterbrechung ist, kannte der Herr Amtverweser jedenfalls nicht. Zum zweiten Theil begründete der Referent das Parteiprogramm und wies an der Hand desselben nach, daß nur Wilhelm Liebnecht unsere Stimme erhalten dürfe. Er ermahnte alleseitig die Anwesenden, wie ein Mann zur Wahlurne zu schreiten, auch etwaige Wahlbeeinflussungen und andere Unregelmäßigkeiten sofort an den Landesausschuß zu berichten. Auch bemerkte derselbe, daß in dem Wahllokal stets Jemand zugegen sein müßte und machte auf Wahlproteste von früheren Wahlen aufmerksam, wo Unterschlagung von Stimmzetteln stattgefunden hätte. Hier wurde der Referent abermals vom Ueberwacher zur Ordnung gerufen, weil derselbe in den letzten Aeußerungen des Sprechers eine Beleidigung der diesmaligen Wahlvorstände erkliden müßte. Referent entgegnete, daß er von den früheren Vorgängen gesprochen, auch die stenographischen Niederschriften des Reichstages Beweise dafür brächten. Als Sprecher meldete sich hierauf Herr Fr. Weiß, Rittergutsbesitzer auf Krahan bei Königsbrunn. Redner griff einzelne Sätze aus dem Referat heraus, besonders bei dem Contractbruchgesetz meinte er, wie vielmale es vor käme, daß ein Arbeitgeber oder Dienstherr Jemand in Dienst oder Arbeit nähme ohne nach dessen Namen oder Wohnung zu fragen und er deshalb immer der Geschädigte sei. Hierauf kam er gegen die Tagesordnung auf die „Internationale“ und die Commune zu Paris zu sprechen, er wurde jedoch vom Ueberwachenden Polizeibeamten — nicht zur Ordnung gerufen. Referent entgegnete dem Vorredner, daß er soeben seiner, des Vorredners, Partei das größte Armutshergniss ausgestellt habe, indem er die Arbeitgeber als so dumm hinstellte, daß sie nicht nach dem Namen des Arbeitnehmers fragen würden? Bezüglich der „Internationale“, „Commune“, „Hochverrathsprozess“ etc. empfahl der Referent dem Redner, sich zuvor über diese Punkte zu unterrichten, ehe er dieselben kritisirte, er würde dann eine andere Ansicht bekommen, so sei der Hochverrathsprozess ein Tendentzprozess von reinstem Wasser gewesen. Am Schluß der Versammlung bat Herr Weiß den Referenten um Aufschluß über den Zusammenhang der „Internationale“ mit der sozialdemokratischen Partei. Referent entgegnete, daß er Aufschluß geben würde, nur müßte Herr Weiß die Erlaubniß des Herrn Amtverwesers selbst einholen, da es kein Gegenstand der heutigen Tagesordnung sei. Nachdem die Erlaubniß ertheilt, wies Referent nach, daß die liberalen Parteien in ihrem Sinne auch international seien, immerhin sei die sozialdemokratische Partei in Deutschland selbstständig und die Wahlen würden zeigen, wie stark sie sei. Redner forderte hierauf die Anwesenden auf, dieser Partei beizutreten, welcher Aufforderung auch Viele nachkamen. So hat auch diese Versammlung bewiesen, daß unsere Ansichten günstig sind, trotz der Lügenberichte der liberalen Blätter.

Barmen. (Wahlbericht.) Auch hier haben mehr als sonst gewählt; denn es hatten 5 Parteien sich gebildet. Die Liberalen und Conservativen hatten Dr. Staber aufgestellt. Die Clerikalen Dr. Lieber, die Muderer Kleist-Regow, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein Hasselmann und wir candidirten mit dem Dr. Jacoby. Das Resultat ist bereits mitgetheilt und wollen wir nur noch einige hervorragende Episoden der Wahlkampagne mittheilen. Wir begannen mit einem Flugblatte die Agitation, worauf die Allgemeinen spornstreichs, während unser Blatt noch circulirte, mit einem Flugblatte antworteten. Die Hauptagitation Hasselmann's bestand darin, daß er öfters in Volksversammlungen Vorträge hielt. Wir konnten keine derartigen Versammlungen anberaumen, weil wir noch zu schwach waren. In den Volksversammlungen konnte auch von unserer Seite wenig gethan werden, da uns außer Rednern auch die Lust mangelte, mit Aussicht auf blaue Augen und blauen Rücken mit den Gegnern anzubinden. Parteigenossen versuchten sich Geltung zu verschaffen, wurden aber nach gethaner Arbeit mit Schlägen belohnt. Außerdem hatte man in den Volksversammlungen die Taktik, daß von vornherein nur 5 Minuten Redezeit bewilligt, also die Opposition lahm gelegt wurde. Die Vorträge Hasselmann's haben uns zur Genüge belehrt, wie sehr die Arbeiterbewegung von ihm und seinen Genossen geschädigt wird. Er hatte in all seinen Vorfürungen nur einen einzigen Gegner und zwar nur die Bourgeoisie! Wenn er von mangelhaften Staatseinrichtungen sprach, j. B. von der Militärfrage, wußte er die Sache so zu drehen und zwar sehr plump, daß immer nur die Bourgeoisie Schuld sei. Kein Sterbenswörtchen von den anderen Potenzen der Staatsmaschinerie als Krone, Ministerium, Reptilienfond etc. — Wir bedauern nur die außerordentliche Kraftanstrengung, die Herr Hasselmann gehabt hat, er hat sich wacker geplagt und der kalte Schweiß rann in Strömen von seiner mächtig-breiten Denkerstirne und die langen steilartigen Arme machten unheimliche Bewegungen in der Luft. Aber kein Feuer, kein hinreichendes Rednertalent und vor allem eine tonlose Sprache à la Schweizer, dessen eigenthümliche singende Redeweise er vortrefflich nachgeahmt hat und die sich auch auf alle in diesem Lager befindlichen Redner übertragen hat. Es ist eine Art Kanzenston, welcher die Zuhörer einlullt aber nicht erhebt. Wir haben für unsern Candidaten gewirkt so viel wie in unseren Kräfte stand, Wahllokale besetzt und die Presse nach Verhältnis unserer Casse benutzt. Die 297 für Jacoby erzielten Stimmen sind uns für den Anfang genug; an dieselben knüpft sich die Annahme, daß solche von Männern herrühren, welche darüber klar sind, welche Stellung sie zu den politischen und sozialen Verhältnissen zu nehmen haben und welche mit dem Namen Jacoby der preussischen Regierung Opposition machen.

Der Troß hinter Hasselmann ist nicht weniger selbstständig als derjenige, welcher hinter Kutte und Kreuzig herläuft und nur langsam werden sich Grundsätze wie die unsrigen Bahn brechen. Hasselmann treibt übrigens durch sein Gebahren die Leute immer

mehr in unser Lager. So hat er j. B. in dem Flugblatte zur Stichwahl erklärt, daß die Verberlichung der Pariser Commune in dem „Neuen Sozialdemokrat“ nicht von ihm, sondern von Hasenklever ausginge. Also statt die Commune in Schutz zu nehmen, stellt er seinen eigenen Kampfgenossen bloß. Das ist stark und wenn nun den Wählern Hasselmann's die Augen nicht aufgehen, dann sind sie zu bedauern. Anknüpfungspunkte für eine Verständigung und schließlich Vereinigung der Parteien sind während des heißen Wahlkampfes doch gefunden worden und wird man seitens des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wenn es ehrlich gemeint war, hoffentlich zurückkommen, namentlich wenn man sieht, welche Erfolge unsere Sache in Sachsen gehabt hat und daß dies nicht von ungefähr kommen kann. Hasselmann brauchte auch gegen uns das bekannte Manöver, daß wir zu der sächsischen Regierung in Beziehung ständen, es wurde aber dieses sehr verdingliche Mittel dadurch unschädlich gemacht, daß die Gegner unseren Sitzungen beiwohnten und sahen wie wir unsere Mittel aufbrachten. Man konnte im Gegeheil mißtrauisch gegen die Quellen der Gegner sein. Wir enthalten uns jedoch eines positionen Urtheils und warten die Zukunft ruhig ab. Kommt Zeit kommt Rath.

Würzburg, 16. Januar. Mit Gegenwärtigem geben wir ein Gesamtbild unserer Agitation betreffs der Reichstagswahl im Wahlkreis Würzburg. Sonntag den 23. November v. J. wurde in einer zahlreich besuchten Versammlung dahier, in welcher Herr Kaiser aus Mainz über die Reichstagswahl und deren Bedeutung für das arbeitende Volk zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden, wohl 800 an der Zahl, referirte: Herr Karl Grillenberger, Metallarbeiter, als Arbeiter- resp. Volks-Candidat für hier aufgestellt; die Versammlung war bei der Abstimmung einstimmig dafür, es bildete sich sodann aus den hiesigen Parteimitgliedern ein Wahlcomité von 25 Mann, welches die weitere Agitation leitete. Sonntag den 30. Nov. ging es auf zwei Richtungen, nämlich Heidingfeld, Randersacker, Rimpf und Beröbach. Die Tagesordnung war: Die bisherige Thätigkeit des Reichstags und die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Für erstere zwei Orte war Referent Parteigenosse Siebert, für letztere Parteigenosse Beckler. In Heidingfeld konnte die Versammlung nicht tagen, denn der hochliberale, hochweise Herr Bürgermeister von da machte den Einwurf, die Versammlung sei nicht vorschristsmäßig angezeigt. Nachdem von Seite der Parteimitglieder hiergegen protestirt war, was leider völlig resultatlos blieb, zogen wir nach dem eine halbe Stunde entlegenen Randersacker; hier wurde Parteigenosse Barthol. Beckler von dem dortigen gelehrten Herrn Bürgermeister mit dem Worten empfangen: „Ja, da sind ja die Theiler, ihr werdet hier nicht andrücken, das gerathenste wäre, wenn ihr wieder abjüget.“ Diesem wohlgemeinten Rath gegenüber erklärte Beckler: „Herr Bürgermeister, kommen Sie zu uns ins Gasthaus zum Bären, dann werden wir Ihnen zeigen, wer eigentlich Theiler ist.“ Hiermit wurde lehr gemacht, die Platate angeschlagen und siehe, im Verlauf von einer Stunde war der Saal im Gasthaus zum Bären zum Erdrücken voll. Siebert referirte eingehend über die aufgestellte Tagesordnung zu Aller Zufriedenheit. Beckler erläuterte die Theilerei in recht treffender Weise und wies nach, daß gerade diese Herrn, welche uns der Theilung beizüglichten, die eigentlichen Theiler seien. Mit großer Aufmerksamkeit und von öfterem Beifall unterbrochen, wurde der Redner zu Ende geführt. Auch hier wurde ein Wahlcomité von 7 Mann niedergesetzt und die Stimmung war eine sehr günstige für unseren Candidaten. Beim Abschied begleiteten uns eine ziemliche Anzahl von Bürgern und baten dieselben, recht bald wieder zu kommen, womöglich mit unserem Candidaten selbst, was wir auch versprochen. In Rimpf und Beröbach referirte Parteigenosse Beckler über dieselbe Tagesordnung mit dem besten Erfolg. In letzterem Orte zeichneten sich 15 Mann als Mitglieder in die Parteiliste ein. Sonntag den 7. und Montag den 8. Dezember war unser Candidat Herr Grillenberger persönlich hier und es wurden Würzburg, Beitschhöheim, Zell a. M., anderen Tages Heidingfeld und Randersacker besucht, überall, wie bereits durch den „Volkstaat“ bekannt ist, war das Resultat günstig. In Heidingfeld hatte es der „hochliberal“ Bürgermeister mit Ach und Krach dahin gebracht, daß kein Gastwirth ein Lokal abgab. Das rothe Gespenst war demselben so auf den Herzen, daß er beinahe bloß, halt! nicht so, wahnstänig geworden wäre. Sonntag den 14. Dezember ging es nach Eifenfeld-Körnach einseits und Güntersleben andererseits. Ueberall wurde die bereits erwähnte Tagesordnung mit gutem Erfolg behandelt. Die Landleute waren sehr erstaunt, daß die studirten Herren, wie sie sich ausdrückten, so schrecklich viel Arbeit im Reichstag lieferten, und gaben das Versprechen, diese Herrn endlich doch auch einmal ruhen zu lassen. Sonntag den 21. kam Heilstadt, Waldbüttelbrunn und Thüngersheim an die Reihe. Hier war die Kutte zu lang, denn die Herrn Seelenhirten beschatteten ihre Gemeinden derart, daß kein Licht durchzubringen vermochte. Die Herren Bürgermeister waren schon abgerichtet, die Versammlungen konnten nicht tagen, weil angeblich die Anzeigen, welche schon 30 Stunden zuvor abgeschickt wurden, noch nicht eingetroffen seien. Nachdem wir einige Duzend Agitations-Kummern in beiden erstere Orten ausgeheilt und so privatim noch unser Möglichstes geleistet hatten, verabschiedeten wir uns. In Thüngersheim bekamen wir kein Lokal, weil wir kein Freimaurer seien, was wohl der dortige Bürgermeister mit seinem hochwohlweisen Rath erst kurz vor unserer Anfunft glücklich herauspedalirt hat. Er hat sicher den Doktor-Hut verdient, wir gönnen es ihm von Herzen, denn ein altes Sprichwort sagt: Ehre, wenn Ehre gebührt. Am zweiten Christtag war die Parole: Ober- und Unterleinach, Margetschöheim und Eeladbrunn. In ersterem Orte wurde die Versammlung, nachdem Siebert die herrliche Wirtshaus im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte mit den besten Lobsprüchen gekennzeichnet hatte, von einem sehr gebildeten liberalen Lämmel aus Zelligen unterbrochen, indem er brüllte, „das ist alles erlogen, Ihr seid Hochverräter, Theiler, Nichtstuer u. s. w.“ Der Vorsitzende wies diesen Enthusiasten gehend zurecht, doch kaum hatte er geendet, so geriet der Herr Bürgermeister in Zorn und rief: „jetzt hab' auch ich es satt, jeder ehrliche Bürger mit mir; im Namen des Gesetzes die Versammlung ist geschlossen.“ Vergeblich wurde gegen diese ungeschickliche Schließung protestirt, die anwesenden Genossen wollten Siebert gefangen halten, indeß besannen sie sich doch eines Besseren, doch wollten sie Anzeige erstatten, wozu Siebert sie besonders noch ermunterte. Wir hatten wohl ein halbes Hundert Agitations-Kummern vertheilt, sie werden, wenn auch nicht gleich, so doch später, ihre Wirkung thun. — Sonntag den 28. ging es nach Rist und Höchberg. Im ersterem Orte war die Versammlung sehr gut besucht und verlief günstig. Die Agitations-Kummern wurden in genügender Anzahl vertheilt und ein Wahlcomité aus 9 Ortsbürgern zusammengelegt. Nun ging es weiter nach Höchberg, aber hier war die Sache eine andere, denn zunächst wurde uns vom Herren Bürgermeister (auch Schulze genannt) eröffnet, daß er es nicht dulde, hier Versammlungen abzuhalten, da

